

A N T R A G
zur
Dringlichen Behandlung

Betreff: Jährliche Stellplatzbilanz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die kommunistisch geführte Stadtregierung mit ihrer grünen Verkehrsstadträtin Judith Schwentner verfolgt eine Neuverteilung der Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu Lasten der individuellen Interessen der Nutzer:innen von privaten PKW.

Unterschiedliche Interessen und Interpretationen des öffentlichen Raums gepaart mit kompromiss- und auch alternativlosen Umverteilung des öffentlichen Raums lösen immer wieder Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen der Bürger:innen aus.

Die in Verkehrsfragen gerne als Vorbild bereiste und herangezogene Stadt Zürich setzt diesen Konflikten und der Diskussion um die Verteilung des öffentlichen Raum größtmögliche Transparenz und Kompromissbereitschaft entgegen.

In der Innenstadt Zürichs gilt der Parkplatzkompromiss von 1996. So soll in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Gebieten die Anzahl von besucher- und kundenorientierten Parkplätzen auf dem Stand von 1990 bleiben. Die Kompensation von Straßenparkplätzen in Parkhäusern erlaubt den öffentlichen Raum aufzuwerten. Eine Methode, der die Grazer Stadtregierung offensichtlich wenig abgewinnen kann, wie wir seit der Absage des Garagenbaus im Bezirk Geidorf vermuten dürfen.

Der Kritik und der Sorge Wirtschaftstreibender und Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen auf ihren PKW angewiesen sind, werden aber mit der Schweizer Herangehensweise nicht dogmatisch-ideologisch begegnet.

Vielmehr erhebt die Stadt Zürich regelmäßig öffentlich zugängliche Parkplätze auf dem Stadtgebiet. Die Daten werden auf dem Züriplan und dem städtischen OpenData Portal veröffentlicht, ebenso wie Informationen zur Erhebungsmethode und Kennwerten. Selbiges gilt für öffentlich zugängliche Zweiradabstellplätze. Die Zunahme des Fahrradverkehrs und die damit verbundene Problematik des Fahrradparkens wurde von Seiten der ÖVP Graz bereits mittels Dringlichem Antrag thematisiert, jedoch von der Koalition abschlägig behandelt. Eine stete Evaluierung und Veröffentlichung der Abstellplätze für Fahrräder, Lastenräder, aber auch Motorräder und Roller usw. würde aber einen besonderen Mehrwert für die Nutzer:innen bedeuten und die angestrebte Verkehrswende unterstützen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag

Der Grazer Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Mag.^a Judith Schwentner ersuchen,

1. bis zur Septembersitzung des Gemeinderates eine Bilanz über die Abstellplätze für Fahrräder, Lastenfahrräder, PKWs sowie einspurige Kfz auf öffentlichen Flächen im Grazer Stadtgebiet – gegliedert nach Bezirken – zu erstellen;
2. in dieser Bilanz die entfallenen und geschaffenen Stellplätze in jeder der zuvor angeführten Kategorie darzustellen;
3. die für die entfallenen Stellplätze errichteten Alternativangebote auszuweisen sowie
4. diese Stellplatzbilanz jährlich zu aktualisieren und der Bevölkerung in dieser aktuellen Fassung auf der Website der Stadt Graz zugänglich zu machen.